

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 M. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Geschäftsleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 12. März 1930

Nummer 21

### Grundlage und Ergebnis der Tarifverhandlungen

(Fortsetzung.)

In der Annahme, daß die in voriger Nummer in ihrer praktischen Bedeutung zusammengefaßten Prinzipalsanträge der gesamten Kollegenschaft ein deutliches Bild davon gegeben haben, in welcher Weise man auf Unternehmenseite im Buchdruckgewerbe die sogenannten beiderseitigen Beziehungen auf tarifvertraglicher Grundlage für die Zukunft zu regeln beabsichtigte, sollen nunmehr in gleich schlaglichtartiger Konzentration in der Reihenfolge der Tarifparagraphen die diesbezüglichen Anträge der Gehilfenschaft dem Gedächtnis unserer Leser eingepreßt werden.

Wir wollten: Unterstellung aller Korrektarbeiten unter die tariflichen Bestimmungen; Ausschluß längerer Arbeitsverträge mit Gehilfen, die überwiegend mit technischen Arbeiten beschäftigt sind; Beschränkung der Verantwortlichkeit für Arbeitsleistungen auf gewerbetätige Erfahrungen und Möglichkeiten; Erweiterung der Entschuldigungsfrist bei plötzlich eingetretenen Ursachen für Arbeitszeitverräumnisse; Ausschaltung ungebührlicher Arbeitskontrolle; Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 8 auf 7½ Stunden, am Sonnabend auf 4½ Stunden zwecks Einschaltung der arbeitslosen Gehilfen in den Produktionsprozeß; Eingehung der Sonn- oder Feiertagsarbeit in die tarifliche Wochenarbeitszeit; Ausschaltung willkürlicher Schichtverschiebungen innerhalb einer Arbeitswoche; Verkürzung der Zeitpanne, innerhalb der die tägliche Arbeitszeit liegen soll, von 12 auf 11 Stunden; eine geringe Erhöhung der Aufschlags für solche Arbeitsstunden, die, ohne Überstunden zu sein, diese vorkommend erwähnte Zeitpanne morgens oder abends überschreiten; Ausschaltung der Entlassungsmöglichkeit von Handsehern zugunsten von Maschinensehern; Gleichstellung der täglichen Arbeitszeitpanne in Zeitungsbetrieben mit jener für andere Betriebe; Abschaffung des Berechnens an Sechsmaschinen; Neubestimmung der Altersklassen in der Lohnstufung von vier auf drei und Verringerung der bisherigen Lohnunterstützung; Erhöhung des Aufschlags für Aushilfsstellungen von 5 auf 15 Proz.; Bezahlung aller gesetzlichen und vom Geschäft angeordneten Feiertage; Erhöhung der Entschädigung für Sonn- und Feiertagsarbeit; geringe Erweiterung der entschuldigungsrechtlichen Dienstverhinderungen; strengere Vermeidung von Überstunden und deren Zulässigkeit nur durch Vereinbarung innerhalb der gesetzlichen Grenzen; Erhöhung des Aufschlags einer etwaigen zweiten Überstunde an einem Tage auf 40 Proz.; Einführung der Kündigungsfrist bei längeren Aushilfsstellungen; Urlaubsgewährung auch unter Berücksichtigung der Berufszugehörigkeit; Erweiterung der bisherigen Höchstzahl der Urlaubstage von 12 auf 18 und Beseitigung der Urlaubsverkürzung für kleinere Orte; zeitgemäße und aus der fachtechnischen Entwicklung begründete Erweiterung der Sonderbestimmungen für Maschinenseher, Korrektoren, Stereotypseher und Drucker; für letztere Ausschaltung einer besonderen Haftung; Herabsetzung der Lehrlingskala und deren einseitige Festsetzung für alle Berufsgruppen; Erhöhung des Kostgeldes für Lehrlinge im ersten Lehrjahre von 10 auf 15 Proz. des Gehilfenlohnes der höchsten Altersklasse und bessere Regelung des Urlaubs für Lehrlinge; zeitgemäße, aber im einzelnen geringe Verbesserungen der Grundpositionen für das Berechnen im Handlag.

Wollten wir nun der Reihe nach die zunächst in fünfjährigen Wenarverhandlungen, dann in mehrjährigen Beratungen einer sogenannten Hauptkommission und anschließend in einer sogenannten Dreierkommission, ferner in besonderen Spezialkommissionen,

schließlich vor dem Zentralschlichtungsamt und innerhalb der Schlichterkammer von beider Seiten mit Aufbietung aller Kräfte verfochten oder bekämpften Anträge nach ihrer beiderseits gegebenen Begründung und Beurteilung durchgehen, dann würde eine sehr umfangreiche Artikelserie kaum ausreichen, um dieses aufreibende Ringen so darzustellen, wie es sich in Wirklichkeit abgepielt hat. Wenn wir uns auch vorgenommen haben, einigen der wichtigsten Punkte der diesmaligen Tarifberatungen im Laufe der nächsten Zeit noch besondere Beleuchtungen zuteil werden zu lassen, so zwingt uns doch die zum 17. März festgesetzte Urabstimmung innerhalb unseres Verbandes zunächst zu einer Konzentration der Berichtserstattung in der Form, daß wir nur die allerwichtigsten Verhandlungsstadien und deren schließliches Ergebnis in den Vordergrund rücken. Darum wollen wir zunächst nur noch drei Punkte aus dem ganzen Gegenstand dieser Tarifverhandlungen herausgreifen, von denen man sagen kann, daß um sie vom ersten bis zum letzten Tage auf unserer Seite mit einer Zähigkeit und Ausdauer gerungen wurde, wie dies nur möglich ist, wenn man von der Berechtigung und Zweckmäßigkeit der in Frage kommenden Forderung bis zur letzten Möglichkeit seines Denkens und Wollens durchdrungen ist. Das gilt insbesondere für die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit und die Eingehung der teilweise noch erheblichen zusätzlichen Sonntagsarbeit in die tarifliche Wochenarbeitszeit zugunsten unserer arbeitslosen Kollegen, ferner für die Bekämpfung der Überstunden aus den gleichen Gründen.

Da im „Korr.“ schon lange vor und bis zum Beginn der diesmaligen Verhandlungen die Gründe für die Notwendigkeit der geforderten Arbeitszeitverkürzung ausführlich erörtert worden sind, können wir an dieser Stelle darauf verzichten, die sich in gleicher Richtung haltenden Darlegungen unserer Vertreter zu diesem Punkt noch einmal zu wiederholen. Die Gegenargumente auf Prinzipalsseite bewegten sich im allgemeinen in folgender Richtung: Durch den Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit sei ein bedauerlicher und gefährlicher Konfliktstoff in die Beratungen hineingetragen worden. Es scheine, als hätten sich dadurch die Gehilfen zu Eponnenten politischer Bestrebungen anderer Art gemacht (was einmütigen Widerspruch auf Gehilfenseite begegnete), denn der Antrag stehe im Widerspruch zu allen wirtschaftlichen Erwägungen. In einer Zeit, in der alles darauf gerichtet sein müsse, die Produktion zu vergrößern und zu verbilligen, bedeute diese Forderung eine Beschränkung in der Bewertung der Produktionsanlagen, was um so nachteiliger sei, als notorischer Kapitalmangel der gesamten Wirtschaft gegenwärtig den Stempel aufdrücke. Mit der Behauptung, daß die Rationalisierung an der großen Arbeitslosigkeit die Hauptschuld trage, werde großer Unfug getrieben. Denn sie werde im allgemeinen nur durchgeföhrt, um die Betriebe am Leben zu erhalten. Im Buchdruckgewerbe seien der Rationalisierung sehr enge Grenzen gezogen, weil es sich um ein mehr handwerkliches Gewerbe handle, bei dem Hand- und Kopparbeit immer eine gewisse Rolle spielen werden, und zwar ganz anders als z. B. in der Stahlindustrie und in der Maschinenindustrie, wo ganz außerordentliche Ersparnisse durch die Massenproduktion gemacht werden können. Denn dadurch wird der Lohn auf ein Minimum gedrückt. Im Buchdruckgewerbe könne davon keine Rede sein, weil da die Leistung des Menschen der vorwiegendste Faktor sei. Gewisse Verbesserungen seien nicht zu bestreiten, dazu gehöre aber Geld, das jedoch bei den Buchdruckereibesitzern besonders rar sei. Mögen auch einzelne Aktiengesellschaften aus irgendwelchen Gründen prosperieren, so könne dies doch nicht von der Mehrzahl der andern Buchdruckereibetriebe gesagt

werden, denen gehe es zum größten Teil sehr schlecht. Wenn auch die Zahl der Arbeitslosen im Buchdruckgewerbe heute größer sei als im vorigen Jahre, so bleibe diese mit 12,3 Proz. doch noch wesentlich unter dem allgemeinen Stand der Arbeitslosigkeit, die im allgemeinen mehr als 20 Proz. betrage. Der Ernst des Arbeitslosenproblems sei nicht zu bestreiten, aber über seine Lösungsmöglichkeit wird es immer verschiedene Meinungen geben; gegen Gesetze der Wirtschaft könne man nicht ankämpfen. Auch in England stehe in dieser Frage die Arbeiterregierung vor unüberwindlichen Schwierigkeiten. Wenn die Arbeitslosenunterstützung nicht wäre, dann wäre die Zahl der Arbeitslosen sicher geringer (lebhafteste Proteste auf Gehilfenseite). Je höher die Löhne getrieben würden, desto größer werde der Arbeitsmangel. Wenn die Arbeitszeit um ein Viertel verkürzt werden sollte, dann müßte in gleichem Verhältnis auch der Lohn gekürzt werden. In dem Antrag auf Arbeitszeitverkürzung erblickten die Prinzipale das ungeeignetste Mittel, den Arbeitslosen zu helfen. Es würde dadurch das Geld nur noch vergrößert werden. Es sei eine wirtschaftliche Unmöglichkeit und deshalb müßten sich die Prinzipale absolut ablehnend verhalten. Das waren im allgemeinen die Gründe, die auf Prinzipalsseite während der ganzen Verhandlungsdauer, wenn auch immer wieder in anderen Variationen, aufrechterhalten wurden. In den Kommissionen und in der Schlichterkammer wurden die beiderseitigen Argumente noch intensiver und vielfältiger durchgeknetet, ohne jedoch ein anderes Resultat zu ergeben, als daß neben dem „Nichtkönnen“ auf Prinzipalsseite nach und nach das Nichtwollen immer schärfer hervortrat. Dieses Nichtwollen war nach unserer Ansicht wesentlich stärker als das Nichtkönnen, weil es grundsätzlicher und nicht nur wirtschaftlicher Charakter hatte. In der Frage der Einrechnung der Sonntagsarbeit waren gleichfalls große Schwierigkeiten zu überwinden, was schließlich nur durch eine diesbezügliche Entscheidung der Schlichter möglich wurde.

Die gleichen schroffen Gegenätze traten bei den Beratungen der beiderseitigen Anträge zur Überstunde und in der Frage in Erscheinung. Während auf Gehilfenseite in entscheidender Weise das persönliche Verfügungsrecht der Gehilfen über ihre freie Zeit in der Hauptsache aus kollegialen Gründen im Interesse der arbeitslosen Kollegen verfochten wurde und nach ihrer Ansicht die Zulässigkeit von Überstunden in unvermeidbaren Fällen nur von der Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretungen abhängig sein sollte, vertraten die Prinzipale die Forderung, daß dafür eine möglichst unbeschränkte Leistungspflicht und völlige Unabhängigkeit von jedem Mitbestimmungsrecht der Gehilfen oder ihrer gesetzlichen Vertretung festgelegt werden sollte. Da wir diesen Punkt in Betracht seiner Wichtigkeit noch einer besonderen Erörterung nach dem jetzigen Stand seiner tariflichen Abänderung unterziehen werden, können wir uns hier lediglich auf die Feststellung beschränken, daß die neue Fassung der Ziffer 1 des Überstundenparagrafen die Zulässigkeit von Überstunden in Zukunft nur deshalb von einer ausdrücklichen Vereinbarungspflicht mit den gesetzlichen Betriebsvertretungen freigelassen hat, weil die Vermeidung von Überstunden durch praktische Vorbeugungsmaßnahmen als Pflicht und nicht nur als Richtlinie zu gelten hat. Es wäre also mit Inkrafttreten des abgeänderten Manteltarifs die Vermeidung von Überstunden im Berechnen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung nicht mehr nur „anzutreiben“, sondern die Vermeidung ist tarifliche Pflicht der Betriebsleitungen und der gesetzlichen Betriebsvertretungen. Die Worte „soweit es nur irgend angängig ist“ in der neuen Fassung stellen keine Einschränkung dieser Pflicht dar, sie sollen nur die Mög-

Itzkeit offen lassen, daß wenn die Erfüllung dieser Pflicht unter keinen Umständen möglich ist, Überstunden im Rahmen der gesetzlichen Grenze geleistet werden können und erst dann geleistet werden müssen, wenn die praktische Unmöglichkeit ihrer Vermeidung auch nach Ansicht der gesetzlichen Vertretung gegeben ist. Nur unter dieser selbstverständlichen Voraussetzung haben unsere Vertreter der diesbezüglichen Abänderung der bisherigen Ziffer 1 des § 8 ihre Zustimmung gegeben. Daß nach dieser Richtung der Schiedspruch der Schlichter keinerlei Zugeständnisse gemacht hätte, wie die „Zeitschrift“ am Schlusse ihres kurzen Berichts über den Verlauf der Tarifverhandlungen in ihrer Nr. 18 vom 4. März behauptet, mag für die Leser des Prinzipalsorgans aus taktischen Gründen zwar mißerbende Umstände verdienen, entspricht aber keineswegs den Tatsachen. Denn sonst hätte ja die alte Fassung dieser Bestimmung unverändert bestehen bleiben können. Zwischen hat sich die „Zeitschrift“ in dieser Frage vernünftigerweise selbst korrigiert; denn in ihrer Nr. 19 vom 7. März kommt sie in einer weiteren kritischen Beleuchtung der Abänderungen des Tarifs noch einmal auf die Abänderung der Überstundenbestimmungen zurück und gibt zu, daß gerade aus den von den Gehilfen dargelegten Gründen, die eine Einschränkung von Arbeitslosen zum Ziele haben, die Schlichter eine schärfere Neuassung der Ziffer 1 des § 8 vorgeschrieben haben. Damit auch prinzipialseitig anerkannt ist, daß der Überstundenfrage im Buchdruckgewerbe in Zukunft eine ganz andere Beurteilung zuteil werden muß! Was übrigens auch mit einem neueren Erlass des preußischen Handelsministers über Einschränkung der Überstunden im allgemeinen in zeitgemäßer Abänderung steht.

(Schluß folgt.)

### Zur Abstimmung

Wer wird Führer? Doch nur der, der einen Nachweis bringt, daß er sich über das Mittelmaß erhebt. Er wird durch seine Kollegen gewählt, genießt ihr Vertrauen und ist berufen, die Absichten und Forderungen der Organisation weitmöglichst zu verwirklichen. Nicht nur bei großen Verhandlungen (Mantelakt, Lohnforderung), sondern auch in organisatorischer Kleinarbeit, Ausbau der Organisation, Wahrung der Interessen der einzelnen Mitglieder bei Anstimmigkeiten, Aufklärung der Mitglieder über Rechtsfragen, Bekanntmachung mit der wirtschaftlichen Lage, deren Ursachen und Wirkungen usw. Hieraus ist zu ersehen, daß der Führer einer Organisation nicht bloß ein ziemliches Wissen resp. Fähigkeiten, sondern auch einen bedeutenden Weitblick haben muß. Und trotz dieser Vorzüge, die den Führer oft weit über das Mittelmaß seiner Vereinsmitglieder erhebt, sind dieselben oftmals unzufrieden mit den Ergebnissen irgendeiner Verhandlung und protestieren gegen das Ergebnis.

Sie schicken ihn mit von ihrem Standpunkt gerechtfertigten Forderungen zu Verhandlungen mit der Gegenseite, deren Vertreter ebenfalls von ihren Vätern mit Durchweg wesentlich andern Forderungen geschildert wurden. Beide Parteien erwarten ein möglichst hundertprozentiges Ergebnis — und keine Partei erhält es. Da setzen eine Partei so stark ist, um ihre Forderungen diktatorisch durchdrücken zu können, so muß verhandelt werden und eventuell ein Kompromiß geschlossen werden. Hier nun muß der Vertreter seine Fähigkeiten durch Diplomatie und Taktik beweisen und die weitmögliche Erfüllung der Forderungen seiner Organisationsmitglieder zu erreichen versuchen.

Ist diese Aufgabe schon keine leichte, so kommt manchmal noch eine andre, unangenehme hinzu, nämlich, den Mitgliedern das Ergebnis der Verhandlung bekanntzugeben und das Einverständnis der Mitglieder zu erwirken. Oft und besonders bei nur einem teilweisen Erreichen der Forderungen fällt die Meinung und das Verständnis der Mitglieder verschieden aus, die eine Hälfte ist vielleicht mit dem Ergebnis einverstanden, während die andre ein weit besseres und größeres Ergebnis für möglich gehalten hat.

Sind die Mitglieder mit dem Ergebnis nicht einverstanden, so ist es gewiß ihr gutes Recht, gegen das Ergebnis zu protestieren, aber dies sollte nur dann geschehen, wenn sie objektiv die Möglichkeiten und Ergebnisse und auch die Gegenseite der Verhandlungen berücksichtigt und geprüft haben. Man sollte immer berücksichtigen, daß bei Verhandlungen von beiden Seiten subjektive Forderungen gestellt sind und möglichst ein voller Erfolg erwartet wird und daher auch ein teilweises Erfüllen resp. Erreichen der Forderungen schon ein Erfolg ist, und dieses sollte auch anerkannt werden. Bedeutet man ferner, daß das weitmögliche Durchdrücken einer Forderung schon die ganze Kraft und Fähigkeit eines Vertreters in Anspruch nimmt und er dann später mit dem Ergebnis der Verhandlung noch starke Ablehnung findet, so wirkt dies nicht immer ermutigend, es bedarf schon eines starken Idealismus und einer großen Hoffnung für den Aufstieg der Organisation, um immer wieder für deren Mitglieder zu kämpfen.

Dr. W. (Hamburg).

## Gewerkschaft und Politik

Gehören diese beiden Begriffe zusammen? Bejaht man sich einmal etwas näher damit, so muß man zu der Überzeugung gelangen, ja! Sie sind fast untrennbar. Ist es doch nicht freier Wille, sondern die Pflicht eines jeden Arbeiters, sich einer Gewerkschaft anzuschließen. Leider wird auch hier der gute Zweck, den die Gewerkschaften verfolgen, sehr oft verkannt. Die Gewerkschaften sind eine unentbehrliche Notwendigkeit von außerordentlicher Bedeutung. Mit großer Begeisterung werden die Gewerkschaften von dem Kapital nicht aufgenommen. Eine leicht erklärbare Tatsache. Jeder Arbeiter muß bei logischem Denken zu der Schlussfolgerung kommen und die Gewerkschaft durch seinen Beitritt fördern. Ein einzelner ist ein Nichts im Millonenheer der Arbeiter. Er ist außerstande, seinen Einfluß geltend zu machen. Dies ist nur durch Konzentration und Zusammenfluß in Gewerkschaften möglich. Nur dadurch können die gesteckten Ziele erreicht werden. Wenn man heute schon auf beachtlicher Höhe steht, so soll man ja nicht glauben, wir hätten alles erreicht und könnten uns der wohlverdienten Ruhe hingeben. Weit gefehlt! Bei näherer Betrachtung und genauer Untersuchung der Lage wird man feststellen, daß die Gewerkschaften am Anfang ihrer Aufgaben stehen. Sie haben gleichsam erst die unterste Stufe erklimmen und müssen ihren Stand tapfer verteidigen. Es könnte sonst der Fall eintreten, die unter Aufopferung aller Energie erreichten Vorteile zu verlieren. Die Sache ist unbedingt ernst zu nehmen. Verfolgt man die Politik, so ist auch hier klar zu erkennen, daß die Gewerkschaften auch auf diesem Gebiet ihren Einfluß geltend machen können. Die Arbeitslosenversicherung — eine der brennendsten Fragen der Gegenwart — ist eine besonders wichtige Angelegenheit der Gewerkschaften. Ist es doch nicht gleichgültig, wenn die großen Lasten der Arbeitslosenversicherung aufgebürdet werden. Hat sich doch bei der Arbeitslosenversicherung ein Defizit ergeben infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit. Dieses Defizit muß getilgt werden. Viele Möglichkeiten sind da. Welches ist der gangbarste Weg? Eine Beitragserhöhung. Natürlich sehr einfach! Aber auf weissen Kosten will man diese Erhöhung vornehmen? Auch hat man schon daran gedacht, die immerhin lässliche Unterstützung des Arbeitslosen zu schmälern. Man ist also bemüht, die Beitragserhöhung auf die Arbeiter abzuwälzen. Leichteste Lösung! Es ist nicht angängig, daß der Arbeiter immer als Leidtragender in erster Linie herangezogen wird. Es werden die vielen Gefahren viel zu wenig beachtet. Immer wieder muß man feststellen, daß mit einer Gleichgültigkeit über die den Arbeiter umlauenden Gefahren hinweggesehen wird, die ihn klar erkennen läßt, daß auch noch sehr viel zu tun übrig bleibt. Wenn jeder Arbeiter klar erkannt hat, daß ein Gewerkschaftler unbedingt sich auch politisch betätigen sollte, dann wären wir einen bedeutenden Schritt vorwärts gekommen in der Entwicklungsgeschichte der Arbeiterkraft.

Cellé. F. Eberhardt.

## Das Genossenschaftswesen

### Genossenschaftliche Kapitalversorgung

Als die hervorragendsten Erscheinungen der deutschen Genossenschaftsbewegung mit ihren etwa 53 000 Einzelgenossenschaften und etwa 8 Millionen Mitgliedern sind die Konsumgenossenschaften (3 ½ Millionen Mitglieder) und die landwirtschaftlichen Genossenschaften (etwa 2 ½ Millionen Mitglieder) in Verbrauchertreffen bekannt. Und allgemein ringt sich allmählich die Erkenntnis durch, daß diese beiden besonders wichtigen Genossenschaftsarten wirtschaftlich gleichartige Interessen besitzen, die in ihrer volkswirtschaftlichen Auswirkung — direkter Geschäftsverehr zwischen landwirtschaftlichen Erzeugern und genossenschaftlichen Verbraucherorganisationen — in absehbarer Zeit bestimmenden Einfluß auf die allgemeine Wirtschaft ausüben werden. Eine Perspektive, die ihre Stütze auch darin findet, daß das Agrarprogramm der deutschen Sozialdemokratie und die darauf folgende Neueinstellung zu der landwirtschaftlichen Sozialpolitik — Zustimmung zu Geleitzölzen mit gleichzeitigem Verbraucherschutz gegen Preiserverhöhungen — auch allmählich eine wirtschaftspolitische Annäherung zwischen Land und Stadt bewirken wird.

Diesen Tatsachen bringt es keinen Eintrag, wenn ein weiterer wichtiger Zweig des Genossenschaftswesens dem allgemeinen Verständnis nähergebracht wird, selbst wenn es nur einer verhältnismäßig kleineren Gruppe der Volkswirtschaft als Instrument ihrer Wirtschaftsinteressen dient. Denn auch dies ist Dienst an der Allgemeinheit, wie man nachstehend daran erkennen wird, daß die Mittelstandsgenossenschaften, unter denen die Kreditgenossenschaften dominieren, in weitgehendem Maße das Geldbedürfnis einer für die Volkswirtschaft immer noch unentbehrlichen Bevölkerungsgruppe betriebliegen und damit ihren Teil und bis zu einem gewissen Grade das absolute Übergewicht der Banken und Bankkongerne kompensieren. Und zwar dadurch, daß sie das Sammelbecken der kleinen Kapitalbesitzer in Handwerk und kaufmännischen Handel bilden, aus welchen zu wesentlich niedrigeren Zinsen die Wirtschaft der Mittelstandsgenossenschaften finanziert wird, als es durch die Banken geschieht.

Als Zentralorganisation für die Mittelstandsgenossenschaften fungiert der schon im Jahre 1859 von Schulze-Dehnsig, dem deutschen „Vater des Genossenschaftswesens“ gegründete Deutsche Genossenschaftsverband (Stg Berlin), der in 31 Revisionsverbände gegliedert ist und in 3570

Genossenschaften rund 1,3 Millionen Mitglieder zählt. Davon sind 1387 städtische Kreditgenossenschaften mit über eine Million Mitgliedern, woraus also hervorgeht, daß die Kreditgenossenschaften der Mitgliedszahl nach den wesentlichen Bestandteil des Schulze-Dehnsigschen Verbandes bilden. Doch mehr aber der finanziellen Leistung nach. Denn nach der Statistik des Deutschen Genossenschaftswesens besaßen Ende Juni 1929 rund 1300 Kreditgenossenschaften 281 Millionen Mark eigene Mittel (Geschäftsanteile und Reserven) und 1377 Millionen Mark anvertraute fremde Gelder; das Gesamtkapital betrug 1810 Millionen Mark und die Gesamtkredite 1623 Millionen Mark. Mit diesen an sich großen und doch wieder beschränkten Mitteln wurde ein Ueldumsatz von 34 200 Millionen Mark (34,2 Milliarden!) erzielt, was als eine ganz außerordentliche Leistung bezeichnet werden muß. Und woraus man zu dem Schluss berechtigt ist, daß die heutige und künftige Spitze des gewerbetreibenden Mittelstandes weitum von seinen genossenschaftlichen Kreditorganisationen abhängig ist. Bei einer Annahme von nur 3 Proz. Willigerzins der Kreditgenossenschaften gegenüber den Privatbanken, was sicherlich nicht zu hoch gegriffen ist, ergibt sich aus 1623 Millionen Mark Krediten eine Zinnersparnis von 48,7 Millionen Mark in einem Jahre. Daraus ergibt sich die wirtschaftliche Bedeutung der Gruppe Mittelstandsgenossenschaften in der gesamtdeutschen Genossenschaftsbewegung. Sie ist als volkswirtschaftlich aktiv zu bewerten, da sie immerhin — wie die Konsumgenossenschaften, Industriefabriken und Handelsyndikaten — dem Bankentkapitalismus gewisse Schranken setzt.

Man sollte meinen können, daß auf Grund dieser Wesensgemeinschaft der genossenschaftlich organisierte Mittelstand den Konsumgenossenschaften gegenüber mehr Verständnis aufbrächte, als es zur Zeit noch der Fall ist.

### Sonderstellung und Bevorzugung der Konsumgenossenschaften

Es dürfte nicht unnützlich sein, an einem klassischen Beispiel zu zeigen, was der Handel als Gegner der Konsumgenossenschaften unter deren „Bevorzugung“ versteht. Um so mehr, als anlässlich der Verabschiedung des Zündholzmonopolgeetzes die ganze bürgerlich-politische, die Generalanzeiger- und Provinzpresse nebst den Freizeitungsen aller Händler- und Mittelstandsgruppen mit knalligen Artikelüberschriften über die fragliche „Bevorzugung“ ihren Leserkreis irreführten und eine ausgezeichnete Darstellung darüber, was nun in Wirklichkeit geschehen war, nirgends erfolgte.

„Was ist Wahrheit?“ um mit dem römischen Gouverneur Pilatus von Palästina zu reden, Wahrheit oder Tatsache ist folgendes. Durch die Verabschiedung des Zündholzmonopolgeetzes, das nach den Ausführungen des deutsch-volksparteilichen Finanzministers Dr. Kolbenhauer 1. zur Sanierung der Reichskasse, 2. zum Schutze der deutschen Zündholzindustrie gegen die Übermacht des Schwedenentrufes und die Dumpingeeinfuhr (Schleuderpreise auf Grund niedrigerer Löhne als je im Importland gezahlt werden) von russischen Zündholzforn notwendig geworden war, wurde auch die seitherige Sonderstellung der Großkaufgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg mit ihren beiden großen Zündholzfabriken wesentlich eingeschränkt. Hatte sie vorher ein unbefränktes Produktionsrecht, so erhielt sie jetzt zunächst nach dem Entwurf mit der noch zu errichtenden (!) Zündholzfabrik des dortigen christlichen Gewerkschaften nahegelegenen Reichsverbandes deutscher Konsumvereine in Köln nur noch ein Jahreskontingent von durchschnittlich 28 000 bzw. rund 32 000 Kisten, welches zuletzt auf 26 000 bzw. rund 30 000 Kisten eingeschränkt wurde.

Davon war nach dem Entwurf eine Abgabe von 50 M. pro Kiste, also eine Jahreszahlung von 1 ½ Millionen Mark an die Reichskasse zu leisten. Die bürgerlichen Parteien erhobten aber die Abgabe für die genossenschaftliche Produktion pro Kiste auf 60 M., so daß sie mit einem Uebertrieb 300 000 M. mehr beträgt; also 1 800 000 M. im Jahr. So wurde die Sonderstellung der Konsumgenossenschaften „bevorzugt“.

Aber weiter. Von der Abgabe, die das Monopol an die Reichskasse zu leisten hat, bleiben nach Abzug der Verwaltungskosten usw. pro Kiste netto 21,50 M. übrig. Die Konsumgenossenschaften müssen aber 60 M., also pro Kiste 38,50 M. mehr bezahlen als das Monopol; macht bei 30 000 Kisten 1 155 000 M. pro Jahr mehr. Würde also die Sonderstellung der Konsumgenossenschaften ganz aufgehoben und ihr Kontingent dem Monopol überliesert worden sein, wie es die Regierungen von Württemberg, Bayern, Sachsen usw. im Interesse des Privathandels verlangten, so hätte die Reichskasse bei einer 35jährigen Monopoldauer 35 mal 1 155 000 M. = 40 425 000 M. weniger Abgabe erhalten, die sie nun von den Konsumgenossenschaften auf Heller und Pfennig mehr bekommt.

Mit diesen Tatsachen ist wohl die „bevorzugte“ Sonderstellung der Konsumgenossenschaften hinreichend illustriert und das Märgen, d. h. die bewußte Lüge des Handels von der „Bevorzugung“ der Konsumgenossenschaften genügend gekennzeichnet. Fragt man aber auch noch nach den Ursachen der rückwärtslosen Benachteiligung der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion, so ergibt sich nach den im Reichstag eiuwandfrei gemachten Geständnissen der bürgerlichen Konsumvereinsgegner die Tatsache, daß man befürchtete, die Konsumgenossenschaften würden mit ihrer Produktion die Preise des Privathandels unterbieten, d. h. statt des Monopolerpreises von 30 Pf. pro

Paket nur 25 Pf. von ihren Mitgliedern fordern. Darum wurde nun auch zum Schutze des Handels ein Monopolpreis von 30 Pf. ins Gesetz hineingeschrieben, denn von einem Schutz der Verbraucher kann beim Handel natürlich keine Rede sein. Und auch dies gilt wohl noch als „Bevorzugung“ der — Konsumgenossenschaften.

Den klassischen Gegenbeweis für all diese „Bevorzugungen“ erbracht wohl der Zentrumsabgeordnete Schlaad vom Reichsverband deutscher Konsumvereine, als er bei der Reichstagsdebatte hierüber darauf hinwies, daß im sogenannten landwirtschaftlichen Notprogramm die Genossenschaften der Landwirtschaft einen Reichszuschuß von 60 Millionen Mark erhielten, während die Konsumgenossenschaften durch das Bündholzmonopolgesetz der Reichstasse rund 40 1/2 Millionen Mark mehr bezahlen müssen als die Monopolindustrie.

So steht die „Bevorzugung“ der Konsumgenossenschaften in Wirklichkeit aus. Wie denken darüber die genossenschaftlich organisierten Verbraucher?!

**Die Entwicklung des genossenschaftlichen Welthandels**

Mancher wird erstaunt fragen, ob es denn „so etwas“ wie genossenschaftlichen Welthandel gibt. Scheint doch die große Masse der Verbraucher, selbst in Arbeiterkreisen, gar nicht hinreichend darüber unterrichtet zu sein, daß es in der deutschen Republik „so etwas“ wie eine konsumgenossenschaftliche Bewegung gibt, die heute nahezu vier Millionen genossenschaftlich organisierte Familien zählt und eine genossenschaftliche Warenversorgung von jährlich anderthalb Milliarden Reichsmark Umschlagswert aufgebaut hat, wovon allein 350 bis 400 Millionen Mark auf eigene, d. h. genossenschaftliche Güterproduktion entfallen.

Also es gibt einen genossenschaftlichen Welthandel und wenn es nur als großer Anlaß dazu bewertet wird, was die internationale Genossenschaftsbewegung im gegenseitigen Geschäftsverkehr durch Gütertausch als jeht leistet. Naturgemäß mußte vor allem das bolschewistische Rußland darauf drängen, durch die von ihm kontrollierten Genossenschaften in wirtschaftliche Handelsbeziehungen mit den Genossenschaften anderer Länder zu kommen, da der Kapitalbedarf hierfür weniger diplomatische Anstrengungen bedurfte als der Handel mit der privatkapitalistischen Wirtschaft. Und so entstanden zunächst organisierte genossenschaftliche Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland, welche nach einem Bericht des Direktors einer Moskauer Genossenschaftsbank einen Jahreswert von 50 Millionen Mark erreichte. Vom Jahr 1923 bis 1928 erreichte der gegenseitige Warenverkehr die Summe von insgesamt 1400 Millionen Mark, wovon rund 600 Millionen Mark auf die russische Ausfuhr, 800 Millionen Mark auf die Einfuhr entfielen. Auch mit Deutschland, Frankreich, Belgien und vor allem Österreich wurden solche genossenschaftliche Handelsbeziehungen angeknüpft, die indes bei der Eigenart der russischen Wirtschaftsmöglichkeit noch keinen besonders großen Anfangs-„Umsatz“ zu haben.

Einen größeren Umfang besitzen die genossenschaftlichen Handelsbeziehungen zwischen England und seinen Dominionen. Und da die englische Genossenschaftsbewegung die besten Grundlagen hierfür in seinen Großverkaufsgesellschaften besitzt, so kann es beinahe als selbstverständliches angesehen werden, daß die schottische Großverkaufsgesellschaft Mitglied der kanadischen Großverkaufsgesellschaft geworden ist, um direkten Einfluß auf die genossenschaftliche Ein- und Ausfuhr beider Länder zu gewinnen. Die englische Großverkaufsgesellschaft hinwiederum hat Ver-

tretungen in Australien und Neu-Seeland errichtet, und es wird konstatiert, daß mit der Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften aller beteiligten Länder auch die Erzeugung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in hohem Maße gefördert wird.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Tatsache, daß die Finanzierung des internationalen genossenschaftlichen Warenverkehrs fast ausschließlich durch die Genossenschaftsbanken geschieht, so daß derselbe ebenso unabhängig vom privaten Bankkapital bleibt wie die Finanzierung der nationalen genossenschaftlichen Warenversorgung. Dies ist sogar von entscheidender Bedeutung, sobald einmal der tatsächliche Wettkampf im Weltwarenverkehr zwischen privatkapitalistischer und genossenschaftlicher Warenversorgung noch stärker als es heute der Fall ist, in die Erscheinung tritt. Zur Finanzierung der genossenschaftlichen Warenversorgung in den einzelnen Ländern, welche bestimmt auf 30 Milliarden geschätzt werden kann, dienen nahezu acht Milliarden Mark genossenschaftliches Eigenkapital und für den weltwirtschaftlichen Güterverkehr der Genossenschaften untereinander ist eine internationale Genossenschaftsbank vorgesehen, die ebenso wenig privatkapitalistischer Kredit braucht.

Alles in allem bedeutet die Internationalisierung des genossenschaftlichen Weltverkehrs eine bedeutsame Vereinfachung des Handelsverkehrs überhaupt, die ganz im Interesse der Verbraucher liegt.

**Korrespondenzen**

**Brieg.** Am 15. Februar fand unsere Jahresversammlung in M ü n c h n statt, die von 61 Kollegen besucht war. Nach Eröffnung des „Geschäftlichen“ gab Kassierer S o h a u den Kassierbericht. Daraus ging hervor, daß die Kasse außer durch die laufenden Ausgaben durch die durchreisenden Kollegen sehr in Anspruch genommen wurde. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Vorsitzender S p i e w o l wies in seinem Jahresbericht auf die ersten Zeiten hin und forderte die Kollegen auf, mehr Interesse für ihre Organisation zu betonen. Nur 41 Proz. besuchten die Versammlungen im abgelaufenen Vereinsjahr. Bei der sich anschließenden Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand per Affirmation wiedergewählt. Ergänzt wurde der Vorstand durch die Wahl des Sektionsvereinsvorsitzenden als Beisitzer. Der Arbeiters-Bibliothekar wurde ein Betrag von 10 M. aus der Ortskasse bewilligt. An sieben Kollegen, die schon am letzten Jahresfest als 25jährige Vereinsmitglieder geehrt wurden, gelangten nachträglich noch Diplome zu Verteilung.

**Darmstadt.** (Drucker.) Unsere Februarversammlung in M ü n c h n hätte besser besucht sein können. Zur Teilnahme standen drei Kollegen. Kollege S i c h t e r (Mannheim) hielt ein Referat über „Schmilt, dessen Beleuchtung und Fläche“. Das Referat war sehr lehrreich und erschöpfend, so daß sich eine Diskussion erübrigte. Wieder erwähnt der alte Mühlort, seine Überstunden zu leisten, da auch hier 20 Arbeitslose „Kollegen“ am Platz sind. Am Schluß der Versammlung wurden eine ganze Anzahl Bands- und Taschenkalender verteilt. Den Firmen vielen Dank.

**M. Düsseldorf.** Am 15. Februar fand unsere erste diesjährige Bezirksversammlung hier statt. Sie fand unter dem Zeichen der nunmehr auch hier erheblichen Arbeitslosigkeit. Vorsitzender S c h i n d e l e d e r machte Mitteilungen über den Stand der Arbeitslosigkeit, wovon hervorging, daß zur Zeit zusammen 107 Kollegen arbeitslos sind, etwa 10 Proz. der Mitgliedschaft. Von diesen erhalten 21 Kollegen die Notstandsunterstützung des Verbandes.

In der ausgedehnten Aussprache wurden alle Möglichkeiten erörtert, den Arbeitslosen zu helfen. Dabei wurde die Feststellung gemacht, daß von einzelnen Kollegen auch noch solche Überstunden gemacht werden, die keineswegs gerechtfertigt sind. Mit Mehrheit gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach 50 Proz. der Überstundenverdienste zugunsten der Arbeitslosen an die Ortskasse abzuführen sind. Vom Vorstand wurde die Unmöglichkeit der Durchführung eines solchen Beschlusses sowohl vor als auch nach der Beschlussfassung darzulegen. Eine Aussprache wurde auch über den Rückgang der Ortskasse gepflogen und beschloffen, die Frage einer Heraushebung des Beitrages um 10 Pf. auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Die Versammlung beschloß noch, nunmehr der S.P.D.-Druckerleier sowie die Druckereien des Ortsvereins zu übertragen, nachdem die zur Entziehung derselben führenden Gründe durch persönliche Veränderungen weggefallen sind. Bezüglich der Fewag-Zentrale bleibt es da gegen weiter bei der Entziehung, da deren Geschäftsführer erst kürzlich vor dem Arbeitsgericht erklärte, daß der Betrieb von den „unsauberen Elementen“ gereinigt werde, womit die ihre tariflichen Rechte während der Kollegen gemeint sind.

**Erfeld.** Unsere Bezirks-Generalsversammlung am 23. Februar war gut besucht. Zu Beginn der Sitzung wies Vorsitzender W e b e r auf die Betriebsratswahlen und ihre Bedeutung hin und empfahl, den Termin zur Einleitung der Wahl nicht zu verschieben. Hierauf folgte der Jahresbericht, aus dem folgendes festgehalten werden soll: Unter der großen Arbeitslosigkeit hatten unsere Kollegen sehr zu leiden. Die Spartenaktivität war im allgemeinen sehr gering. Kollege B o d e f e l d erklärte über die am Tage zuvor abgelaufene Fachauschulung und gab u. a. bekannt, daß Verhandlungen mit der Handwerkskammer geführt werden sollten mit dem Bestreben, den Prüfungsausschuss der Buchdruckerinnung in Solingen zum Untersuchungsausschuss zu machen, und somit steht zu erwarten, daß in kürzester Zeit auch für Solingen-Mitglieder die Bezahlungsordnung Geltung erlangt. Hierauf folgte die Berichtserstattung von der Bezirksvorsitzendenkonferenz, die Vorsitzender W e b e r in ausführlicher Weise gab. Mit der dort gefaßten Regelung in der Weiterzahlung der Unterstützung an die ausgesperrten Solinger Kollegen war die Versammlung einverstanden, hofft aber, daß die Unterstützung nicht weiter abgebaut wird, weil man auch die Solinger Kollegen nicht fallen lassen dürfe. Kollege B a r t e l s (Wald) protestierte gegen den Beschluß der Bezirksvorsitzendenkonferenz, wonach der nächste Gantag, entgegen dem Beschluß des letzten Gantages, wahrscheinlich vor dem Verbandstag stattfinden solle. Hierzu fiel die Konferenz nicht berechtigt gewesen, und die Bezirksvorsitzenden hätten hiermit ihre Befugnisse weit überschritten. Er beantragte, den Geworverband aufzufordern, dafür zu sorgen, daß dem Beschluß des letzten Gantages nachgekommen wird. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen einmütig zu. Den Kassierbericht gab Kollege P e u s e n, dem auf Antrag Entlastung erteilt wurde. Der bisherige Vorstand wurde durch Zurückwiedergewählt, die Entschuldigung für den Vorstand blieb wie im Vorjahr. Sodann bewilligte die Versammlung noch nachträglich die ausgesagten Weihnachtsgeldunterstützungen. Die nächste Versammlung findet in Wald statt.

**Frankfurt a. M.** (Maschinenseher.) Unsere Generalsversammlung am 23. Februar zeigte einen sehr guten Besuch. Nach geschäftlichen Mitteilungen und Neuaufnahmen von sechs Kollegen erarbeitete Kollege B a e r den Jahresbericht, der, wie auch der gebihrte vorliegende Bericht zeigte, ein arbeitsreiches, aber für das Spartenelende auch erfolgreiches Jahr umfaßt. Stand doch das abgelaufene Jahr im Zeichen des Maschinenseherkongresses, des 25jährigen Jubiläums der Zentralkommission und des Verbandstages, deren glänzender Verlauf heute noch bei allen Kollegen in freudiger Erinnerung

**Paul Heyse**

Zum 100. Geburtstag am 15. März.

Er war zeitweilen ein Glückskind: kamme von geistig bedeutenden Eltern, genoss frühzeitig Umgang mit bedeutenden Menschen, errang mühelos, wonach andre ihre Leben lang vergebens streben; freie Mühe für sein künstlerisches Schaffen, äußere Unabhängigkeit. Es war ein Leben in Schönheit, und darum hat er auch in seinem Schaffen vielteilig allzu sehr nur den Geboten der Schönheit gebühdigt.

Sehr einfach klingt seines Lebens äußerer Ablauf. Paul Heyse wurde am 15. März 1830 in Berlin als Sohn eines bedeutenden Philosophen der Berliner Universität und einer Mutter aus der Familie Mendelssohn geboren. Mit 17 Jahren bezog er die Universität, um das Fach seines Vaters zu ergreifen. Die Revolution von 1848 erregte den jungen Studenten zwar weder tief noch nachhaltig, aber der Eintritt in das Ruglerische Haus, in welchem der berühmte Ästhetiker Männer wie Jakob Burckhardt, Menzel und Fontane um sich versammelte, war für den jungen Heyse von beeinflussender Wirkung. Und dann, nach ein paar Studienjahren und dichterischen Versuchen, der große Glückfall der Berufung nach München, wo Maximilian II. einen Kreis von Dichtern, Schriftstellern und Malern um sich versammelte. Dort, aller Hoffnungen durch eine königliche Pension entbunden, lebte er von 1854 bis zu seinem am 2. April 1914 in seiner Villa am Wardsee erfolgten Tode.

Jahr um Jahr hat Paul Heyse unermüdblich gearbeitet, und jedes dieser Jahre hat ihm neue Anerkennung, Lob und Ruhm gebracht. Immer unumrittener ragte er neben Keller als Meister der Kunstnovelle auf. Und auf diesem Gebiete hat er uns auch das Beste geschenkt, was er zu geben hatte. Der Adel, die Reinheit seiner Sprache haben wenig ihresgleichen, aber diesem Vorzug hafet der Nachteil an, daß diese stilifizierte Sprache gleichmäßig allen Personen in den Mund gelegt wird. Er liebt komplizierte Situationen und ebenso geartete Charaktere. In seinen

Meisternovellen, wie: „L'Arrabbiata“ (Die schon Märke eine einzigartige Perle nannte), „Die Vindien“, „Der letzte Centaur“, „Victoria regia“ usw., hat er diese Kunstgattung wirklich um Meisterwerke bereichert. Herrliches hat er auch als Lyriker geschaffen. Seine Kindertotenlieder entstanden in einer Zeit tiefer Trauer nach dem Verlust seiner beiden Kleinen, sind voll von ergreifender Poesie. Und auch sonst trägt so manches bekannte Lied, z. B. „Du bist, gedulde dich sein“ oder das herzige „Ein Bruder und seine Schwester“, seinen Namen als den eines bedeutenden Lyrikers überall hin, wo deutsche Sprache erklingt.

Weniger Erfolg und Glück hatte Heyse als Dramatiker und in den großen Formen des Romans. Ein paar seiner Dramen, „Sans Ränge“, „Kolberg“ oder die „Weisheit Salomos“, sind vortreffliche Bühnenstücke; aber weder mit ihnen noch mit seinen zahlreichen andern hat er das Theater zu erobern vermocht. Seine vornehmste Ruhe, die stets über den Dingen steht, sowie seine ästhetische Formensichtlieh widertreiben dem Lebensfeiern, blutwarmen Gesche der Schauspielerei. All seinen Geist und sein Gemüt konnte er am vollkommensten als Erzähler entfalten.

Nicht vergessen sei Heyse als Spruchdichter: Da steht er unter unsern Ältesten, und hier schmeißt der Sanske, Abgekürzte scharf treffende Pfeile, wie in der erschöpfenden Charakteristik Jobbers:

„Warum erwünscht's dich nicht, wie er auch kommt und willeit.

Er hat eine Phantasie, die unterm Eise brennet.“ —

Heyses Todesdatum ist symbolisch. Frühling 1914 — letzte Stunde der alten Weltperiode. Das, was dann kam, hätte tiefer Dichter, der Mythos war wie wenige, nicht mehr verstehen können, nicht auch nur annähernd mitfühlen können. Er hat den Zusammenbruch der bürgerlichen Geisteskultur unter dem teilweise selbstverschuldeten Verhängnis nicht mehr erlebt. In Schönheit hat er gelebt, Priester der Harmonie, die nur im Reiche der Kunst wohnt, und er durfte von ihnen gehen, ehe das Reich der Distanz zu erdröhnen begann. S. W a g n e r.

**Gewalt und Macht**

Wehr als in früheren Zeiten ist in unsern Tagen das Problem der Gewalt in den Mittelpunkt der Erörterungen gestellt. Der Mythos von der brutalen Gewalt schleichlich ist durch den Weltkrieg mit starken Gefährdungen in viele Köpfe gehämmert worden. Durch die Anwälzungen der letzten duhnd Jahre, nicht nur in den Ländern des territorialen Fortschritts und Volkswissens, sondern auch in den mittlereuropäischen Staaten, in denen ohne jede Gewaltanwendung aus dem Zusammenbruch überlebter Regimes in der Form freiwilliger Machtübertragungen neue Staatsformen und Regierungsformen hervorgingen, ist gewissermaßen ein Beweis gegen die These von der kontinuierlichen Staatsentwicklung geliefert worden — aber damit ist nun nicht gesagt, daß etwa auf die Dauer sich mit der Gewalt allein regieren lasse! Wohl mag es auch in unsern Tagen einer exceptionalen Persönlichkeit wie Mussolini (nicht mit Unrecht spricht MacDonald von der Verquickung des Despoten mit dem Komödianten) gelingen, durch einen Handstreich ein Volk zu verzwanglichen und es durch eine Kombination von Zwangsregiment, Staatsheokratie und Schauspielereien am Narrenfelle festzukleben. Auf die Dauer läßt sich bei fortgeschrittenen Völkern heute eine Umwälzung ohne schweren Rückschlag nur fassen, wenn der neue Staat, wie es das republikanische Deutschland nach Übernahme der Macht aus der Hand des zusammengebrochenen alten Regimes dies versucht, die Umwälzung in die Form einer kontinuierlichen Entwicklung kleidet, wobei allerdings der Gürtel etwas stärker angezogen werden muß, als es Deutschland in verhängnisvoller Weise bestrafte. Ebenso wenig wie sich Begeisterung auf Eis legen läßt, ebenso wenig plückt das Feuer der Revolution oder des Staatsstreiches in ewig lodendem Gleichmaß. Auch für das musolinische Italien wird daher eines Tages das schreckliche Erwachen kommen. Und auch dem in weit entfernten sozialen Utopien schwe-

steht. Auch weniger angenehme Dinge fanden ihre Erwähnung, insbesondere ist es die sogenannte Nationalisierung der Buchdruckerbetriebe, unter der allerhand Kontrollmaßnahmen und andere Verschärfungen zur Einführung gelangen. Besonders kräftig zeigte es sich in dem hiesigen Zentrumsblatt, der „*Rhein-Mainischen Volkszeitung*“, was das bisher im Gau Frankfurt-Hessen nicht übliche Bedenken im Maschinenfabrik zur Tatsache geworden ist, wodurch zwei Kollegen zur Entlassung kamen. Durch diesen Abzug sind natürlich in erster Reihe die Verbandsmittelglieder zu Schanden gekommen, während die Gutenberg-Bündler ihre Kondition halten konnten. Der Kassenbericht zeigte trotz der großen Anforderungen des verflossenen Jahres eine günstige Entwicklung. Die Diskussion über die beiden Berichte brachte die Zufriedenheit der Versammlung mit der Führung der Vorstandsgeschäfte besonders stark zum Ausdruck. Trotzdem gab es Veränderungen in der Zusammenlegung bei der Neuwahl, da der jetzige Schriftführer, Kollege Menges, der sein Amt volle zehn Jahre mühsam ausgefüllt, wegen Gesundheitsrückfällen nicht mehr zu bewegen war, sein Amt weiter zu behalten. Sowohl für diesen wie für den Weisiger traten neue Kräfte in den Vorstand. Nach einigen lehrreichen Ausführungen der Kollegen Diecholz und Denecke fand die anregende Versammlung ihr Ende.

**Greifberg i. S.** Am 25. Januar fand unsere Generalsversammlung statt. Kollege Greif erstattete den Geschäftsbericht. Aus diesem war zu ersehen, daß im verflossenen Jahre rege Arbeit geleistet wurde, zum Teil hervorgerufen durch den hier abgehaltenen Gau-tag. Anschließend gab Kollege Werner den Kassenbericht und Kollege Raden in ausführlicher Weise einen solchen über die Lehrlingsabteilung. Unser Mitgliederrat hat sich auf 107 erhöht. Bei der Wahl des Gesamtvorstandes blieben sämtliche Kollegen auf ihren Posten. Es folgte noch die Bekanntgabe und Erledigung einiger Eingänge. — Eine Fidelitas hielt die Kollegen noch lange in froher Stimmung beisammen.

**Geiswil.** Unsere Generalversammlung am 16. Februar hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Vorsitzender Kraemer erstattete einen kurzen, aber sachlichen Jahresbericht. Die Arbeitslosigkeit war in den letzten Monaten sehr groß und sie betrifft im wesentlichen jugendausgelernte Kollegen, die sofort nach Beendigung der Lehrzeit auf die Straße gesetzt werden. Den Kassenbericht erstattete Kollege Alyler. Der derzeitige Kassenbestand ist trotz großer Anforderungen als gut zu bezeichnen. Dem Kassierere war Entlastung erteilt. Einen kurzen Rückblick erstattete Schriftführer Soltan, der statistisch den lauten Versammlungsbesuch festgestellt hatte und für die Zukunft auf besseren Versammlungsbesuch hoffte. Der Mitgliederrat betrug am Jahresabschluss 132. Den Bericht für die Lehrlingsabteilung gab in ausführlicher Weise Kollege Mutholz. Auch in dieser Abteilung ist ein guter Aufschwung zu verzeichnen und fast sämtliche Lehrlinge am Ort sind schon erfasst. Bei der hierauf folgenden Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand durch Zuruf wiedergewählt. Dem Antrag des Vorstandes gemäß wurde der Vorstand um einen Beisitzer erweitert. Unter „*Beschleidenen*“ kamen noch Gefangenenangelegenheiten zur Sprache und vom Ortsvereinsvorstand wurde eine Neuregelung des Gefangenenbeitrages in Vorschlag gebracht. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten fand die sachlich verlaufene Versammlung ihr Ende.

**Heidelberg.** In unserer Stadt, die in der Geschichte des Verbandes historische Bedeutung hat, der Gutenbergbund über Nacht einen Boden aufgemacht. Sieben Geschlossen und vier Lehrlinge aus dem „*Häufiger Votum*“ (Zentrumsorgan für Unterbaden) sind seine Mitglieder und dabei wird es für alle Zeit bleiben. Die Werbestellung hinter verschlossenen Türen wollen wir der Kollegenschaft nicht vorantreiben, wird sie doch da und dort, besonders in Zentrumsdruckereien, Schule machen. Man suchte sich seine Schäfchen erst gründlich aus, während man die übrige Besetzung der Druckerei vollständig in Unkenntnis ließ. Einer nach dem anderen dieser „*streng religiösen*“ jungen Leute wurde auf das Büro des Herrn Direktors Böttner

gerufen und von letzterem in eigner Person empfangen. Er legte jedem einzelnen Geschlossen nahe, daß er im „*Häufiger Votum*“ Dauerpferkung habe, man würde es aber gern sehen, wenn die Beschäftigten im christlich-nationalen Gutenbergbund organisiert seien. Die Austrittserklärung aus dem Verband lag schon ausgefertigt auf dem Schreibtisch. Man brauchte dem Klienten nur noch den Federhalter in die Hand zu drücken und das „*Lobesurteil*“ wurde unterfertigt. Typisch für die Einleitung der Werbestellung war es, daß 14 Tage zuvor im katholischen Gesellschaftsaus unter dem Vorsitz des Sekretärs Trunz (Münzberg) eine Versammlung abgehalten worden war. In unsrer Bezirksversammlung am 5. Februar, die sich zu einer Vollversammlung der Heidelberger Buchdrucker gestaltete, nahm man zu den Organisationen des Gutenbergbundes Stellung. Scharf verurteilt wurde die Handlungsweise des Herrn Direktors Böttner, ohne dessen Mitwirkung das „*Wert*“ des Gutenbergbundes missglückt wäre. Die Versammlung stellte sich einmütig hinter die Beschließung der Bezirksleitung. Der von dieser bereits durchgeführte Ausschluß des Mitgliedes Peter Kopp wurde einmütig bestätigt. Dieser Junge verdient es, besonders unter der Lupe genommen zu werden, findet man ihn doch immer da, wo die Sonne am hellsten scheint. Der Beschluß der letzten Bezirksvorständekonferenz in Mannheim, verbandsschädigende Elemente aus unsern Reihen zu entfernen, fand auf ihn die erste Anwendung. Kopp, der seine Gesinnung wie ein schmutziges Hemd wechself, verstand es ausgezeichnet, sich überall in empfehlende Erinnerung zu bringen. So war er Vorstandsmitglied des schwarz-weiß-roten Saarvereins und ließ sich aber zu gleicher Zeit in den Bezirksverband der Organisation wählen. In allen Korporationen gebärdete er sich sehr rabiat. Das soll auch zur Folge gehabt haben, daß er vor einigen Jahren aus der Kirche ausgetreten ist. Aber was tut das zur Sache. Für Kopp gilt das Lied: „*Was Brot ich eß — des Lied ich sing.*“ Bei Konditionsantritt in bejagter christlicher Druckerlei hat auch Kopp sein christliches Herz wieder entdeckt und lehnte als reuiger Sünder in den Schoß der Kirche zurück. Wir weinen dem Wandelbaren keine Träne nach.

**Heilbronn.** Unsere Hauptversammlung wurde stimmungsvoll eingeleitet durch einen prächtigen Freiheitschor des „*Gutenberg*“. Dann nahm die Versammlung die Berichte des Vorsitzenden und der Spartenvertreter mit Beifall entgegen. Aus dem gedruckten vorliegenden Jahres- und Kassenbericht war bis im einzelnen alles zu ersehen. Bei einer Mitgliederzahl von 300 betrug der finanzielle Gesamtjahresumsatz 85 000 M. Der Vorstand wurde durch Zuruf wieder neu bestätigt. Zwei auscheidenden Beisitzer sprach der Vorsitzende Dank für treue Mitarbeit aus. In Anbetracht der bestehenden Arbeitslosigkeit und sonstigen Pflichten des Druckerereins wurde erwogen, gewisse Festlichkeiten ausfallen zu lassen bzw. einzuschränken. Auch in bezug auf die durchgeführten Kollegen muß eine kleine Herabsetzung der Unterstüßungen eintreten.

**Köln a. Rh.** (Maschinenseher.) Die Hauptversammlung am 16. Februar in Dortmund hatte einen sehr starken Besuch aufzuweisen. Vorsitzender Stramann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Geschäftsführer der Kollegengangsvereine „*Typographia*“ (Dortmund) erfreute die Anwesenden mit zwei Vorträgen, wofür herzlich Dank gesagt wurde. Kollege Albrecht übermittelte die Grüße des Gauvorstandes und wies darauf hin, daß Geselligkeit und Einmütigkeit mehr denn je nötig seien. Kollege Kölle vom Bezirksverein Dortmund, Kollege Waader für die Maschinenseher und Kollege Leppers für die Handfeger sprachen herzliche Worte des Willkommen und wünschten einen Verlauf der Versammlung. Zunächst fand die Ehrung der im vergangenen Jahr verstorbenen Kollegen statt. Dann verlas der Vorsitzende zwei Rundschreiben der Zentralkommission und stellte fest, daß mit wenigen Ausnahmen in den Bezirksvereinen der alte Vorstand wiedergewählt worden ist. Die nächste Versammlung soll aus Anlaß des 30-jährigen Bestehens der Maschinenseherver-

einigung Rheinland-Westfalens in Köln stattfinden. Es erfolgten 38 Neuz- und 12 Wiederaufnahmen. Der Geschäfts- und der Kassenbericht lagen gedrukt vor; beide wurden genehmigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde mit Ausnahme des Kollegen Graf, der aus geschäftlichen Gründen zurücktrat, wieder- und der Kollege Diederichsen neugewählt. Sodann wurde beschloffen, für die Folge jährlich außer der Hauptversammlung, die an einem zentral gelegenen Ort abgehalten wird, nur noch zwei Versammlungen abzuhalfen, und zwar eine im Rheinland und eine in Westfalen, außerdem eine Bezirksvorsitzendenkonferenz. Der Antrag auf Neuregelung der Jahrestagungsabteilung der Bezirke zu den Versammlungen der Gauvereinsführung wurde bis zur demnächst stattfindenden Bezirksvorsitzendenkonferenz zurückgestellt. — Am Vorabend hatte der Bezirksverein Dortmund für die bereits Erschienenen einen gemächlichen Abend arrangiert, der einen edel kollegialen Verlauf nahm und wofür den Dortmund-Kollegen sowie dem Dortmunder Kollegengangsverein herzlich Dank gesagt sei.

**Konstanz.** (Maschinenseher.) Am 9. Februar in Engen abgehaltene Bezirks-Generalsversammlung war von 15 Mitgliedern besucht. Sie wurde vom Vorsitzenden Bailländer mit Begrüßungsworten eröffnet. Kollege Böttling (Engen) gab bei Eintritt in die Tagesordnung einen Rückblick über die Entwicklung unsrer Sparte in Engen. Unter „*Mitteilungen*“ gab der Vorsitzende den Ausfall der Wahlen zur Zentralkommission bekannt, der von der Versammlung ausgiebig diskutiert wurde. Der Geschäftsbericht, vom Kollegen Bailländer erstattet, ließ eine rege Tätigkeit unster Sparte im verflossenen Geschäftsjahre erkennen. 26 Kollegen sind zur Zeit in unserm Bezirk beschäftigt. Die neue Fachschrift „*Der Spaltenring*“ von der Typographfabrik wurde von den Kollegen dankbar begrüßt. Nachdem Kollege Seifeld den Kassenbericht, die Wahlen ergaben die Wiederwahl der gesamten Vorstandsgeschäfte. Für ihre gute Geschäftsführung wurde ihr Dank und Entlastung erteilt. In Anbetracht der heute grassierenden Nationalisierung lehrte Kollege Kombach (Freiburg) über das sehr zeitgemäße Thema: „*Wie errechne ich meine Arbeitsleistung?*“ Dieses Rezerat, das an Sachlichkeit und Tiefgründigkeit erschöpfend war, gab den Kollegen aufs neue die Überzeugung, wie wertvoll sich unser Tarif bei intensivem Studium auswirkt, und wie er bei manchem unsachgemäßen Nationalisierungsbestrebungen einen äußerst wertvollen Gegenpol bildet. Nachmals besten Dank Kollegen Kombach für seine wertvollen Ausführungen. In der Diskussion gab das Rezerat verschiedenen Kollegen Veranlassung, Mißstände, hervorgerufen durch die Nationalisierung, der Versammlung zu unterbreiten. In absehendem Sinne wurde auch über die Ausbildung von Lehrlingen an der Seismaphone debattiert. — Ein paar Stunden gemächlichen Zusammenseins am Nachmittag bildeten den Schluß der in allen Teilen gut verlaufenden Versammlung.

**Lübeck.** (Handfeger.) Es war ein recht kleiner Teil der Lübecker Handfeger, der sich zur Hauptversammlung am 9. Februar eingefunden hatte. Vor dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß die Lübecker Handfegervereinigung etwa 50 Mitglieder zählt. Der bisher tätig gewesene Vorstand wurde weitaufh mit der Führung der Vereinigungsgeschäfte betraut. Eine rege Aussprache bewies, daß die hiesigen Handfeger wohl den Zweck der Bewegung erkannt haben. Manches anspornende Wort wurde gesprochen, alle Redner waren sich einig in der Erkenntnis, daß die Handfeger ihre Lage mit Hilfe ihrer Sparte verbessern können. So wurde auch eine verstärkte Werbung in Wort und Schrift gefordert. Es mußte gelingen, die noch abseits stehende Mehrzahl der Lübecker Handfeger der Sparte zuzuführen. Allseitige Zustimmung fand auch der Vorschlag, ein enges Zusammenarbeiten mit dem Bildungsverband anzustreben. Durch gemeinsame Veranstaltungen würden gewiß beide Teile gewinnen.

**Ludwigshafen a. Rh.** Unsere Generalversammlung am 22. Februar hatte anlässlich der wichtigen Tagesordnung einen besseren Besuch aufzuweisen müssen. Der Jahresbericht, gegeben vom Kollegen Casper, zeigte kein erfreuliches Bild, denn die Arbeitslosigkeit zeigte weite Kreise unser Kollegenschaft. Die Lehrlingseinstellung und -ausbildung bzw. -entlohnung haben verschiedentlich Veranlassung gegeben, hiergegen einzuschreiten und Schritte zu schaffen. Betreffs Eignungs- und Zwischenprüfung der Lehrlinge war ein gutes Zusammenarbeiten mit der Handwerkersammer festzustellen. Auch die hiesige Fachschule machte gute Fortschritte. Im Oktober wurde hier die Gründung einer Handfegerpartei vorgenommen, der heute 37 Kollegen angehören. Über die Kassenverhältnisse im vierten Quartal 1929 berichtete in Vertretung des Kassierers Kollege Schmidt. Es folgte Entlastungs-erteilung des Kassierers. Die Auffstellung der Kandidaten zum Bezirksvorstand erfolgte in der alten Besetzung, mit Ausnahme des zum zweiten Vorsitzenden (der bisherige ist im letzten Quartal freiwillig zurückgetreten). Anstelle eines zurückgetretenen Beisitzer tritt der bisherige Lehrlingsleiter, Unter „*Beschleidenen*“ führte der Vorsitzende die Kündigung eines Kollegen an, der seiner Firma volle 53 Jahre treu und redlich gedient hat. Wir werden auf dieses einzigartige Beispiel von Loyalität unserer Herren Prinzipale noch zurückkommen. Schließlich wurden noch einige dringliche Angelegenheiten erledigt. Am Schluß der Versammlung verlies der Vorsitzende auf die Bezirksversammlung am 16. März.

**München.** (Handfeger.) — Vierteltjahrsbericht. Unsere Januarversammlung, zu der auch die Frauen der Mitglieder geladen waren, wies erfreulicherweise einen guten Besuch auf. Herr Buchli, Sportredakteur der „*M. N.*“, hielt einen interessanten Vortrag mit Lichtbildern über seine Reiseerlebnisse in dem Pforten- und im Kleinasien. Die Ausführungen wurden mit großem Interesse entgegengenommen und dem Vortragenden reicher Beifall spendet. Nach Bekanntgabe verschiedener Eingänge und Mitteilungen des Vorsitzenden Kumpol gedachte dieser in ehrenwerten Worten dreier verstorbenen Mitglieder. Auf Wunsch soll auch in späteren Versammlungen wieder versucht werden, Vorträge mit Lichtbildern einzuschalten. Der Vorsitzende ersuchte die An-

benden Rußland des Sowjeterrors droht die Gefahr, daß eines Tages elementare Leidenhaft nicht nur Auswüchse, sondern vielleicht auch Gutes in Trümmer schlägt. Auf die Dauer steigt immer die kontinuierliche Entwicklung über die Wallungen der Gewalt. Denn neben dem Trieb nach Vitalität und der Sehnsucht nach Veränderung wohnt im Menschen der Wunsch nach Stabilität und Gesetzmäßigkeit. So leicht es daher zu gegebenen Zeiten auch sein kann, Umwälzungen zu entfachen und sie durch geschickte Regie in Verbindung mit Gewaltmethoden für gewisse Zeiten zu halten, so unmöglich ist es, auf die Dauer geschichtlicher Zeitepochen ein Gewaltregiment durchzuführen. So sehr zweifellos der schöpferische Vorgang des Entschlusses auch in der Kunst des Staatsmannes die durchdringende Kraft hat gegenüber der langsameren Entschloßung, so bleibt doch das Axiom, daß dauerhaftes Regieren und konstante Entwicklung den Aufbau auf beständige Mängel erfordert, wobei dann die Kraft der jeweils herrschenden Klassen und ihres Führertums Zielrichtung und Tempo bestimmt. Je unheilbringender dauernd in Unruhe haltende Gewalt ist, desto größere Bedeutung gewinnt daher im ordnungsmäßigen Staatsleben das Faktum der Macht, welche die Voraussetzung einer kontinuierlichen Staatsentwicklung ist. Gewaltanwendung ist brutal, widerspricht menschlicher Vervollkommnung, zertrampelt den Humanitätsgedanken. Weiser Gebrauch der Macht dagegen wird immer wieder die Willigung der Staatsbürger finden. Denn sie ist der Ausdruck der im Wesen des Staates ruhenden Geschlossenheit der Gesamtheit zur einheitlichen Zusammenfassung aller Staatskräfte nach klaren Zielen und bildet ein Regulativ für die Leitung des Staates gegen böswillige Sabotage von Gewaltanbetern. Die zur Staatsleitung erforderliche Macht muß daher im Rechtsbewußtsein verankert sein. Die sehr im Gegensatz zur rohen, ohne ethische Fundamentierung sich geben-

den Gewalt die gesetzlich regulierte Macht die Voraussetzung eines jeden geordneten Staatswesens ist, ja bei der für abschbare Zeit sichtbaren Beschaffenheit des Typus Mensch sogar sein muß, zeigt das „*in tiefstem Mißtrauen gegen jede Gewalt*“ geschriebene Handbuch des Aktiven Pazifismus „*Gewalt und Gewaltlosigkeit*“, dessen Aufsätze aus der Feder bemerkenswerter Persönlichkeiten des Pazifismus immer wieder auf die Notwendigkeit der Macht abheben. Zweifellos wird mit all diesen Feststellungen dargetan, daß weit mehr als in einem mehr oder weniger despotischen Staatswesen das Regieren einer Demokratie im Sinne des demokratischen Prinzipis die Kunst weiser Lenkung erfordert, daß gerade in freien Ländern der Satz Montesquieus, „*Die Grundlage der Demokratie ist die Tugend*“, demonstriert in der ständigen Bevorzugung des öffentlichen Interesses vor dem eignen, seine tiefe Bedeutung hat, daß gerade die Republik Ursache hat, dem Ideal Platons von der „*Herrschaft der Besten*“ nachzugehen. Gerade hierzu hat zweitausend Jahre später Ferdinand Lassalle in seiner „*Vereinsrede*“ wertvolle Anregungen über die Verankerung der Macht im Staate gegeben. Wie weit alle diese Ideale heute erfüllt sind, welche Wünsche sich daraus ergeben gegenüber einem Mangel an Ideem und Idealen unster Zeit, welche Forderungen daraus entspringen an Politik, Wirtschaft und Kultur, an die Gestaltung der inneren und äußeren Politik, an Militär und Volkset, an Zusammenlegung und Wesen der Volksgemeinschaft sowie an die repräsentierende Staatspraxis, kurz, an Volk, Staat und Persönlichkeit; diese Fragen im Sinne der Ablehnung der Gewalt und in der Richtung des Gebrauchs der Macht im „*Dienste des humanen Menschheitsgedankens*“ sich zu beantworten, das ist das Problem, das der Staatskunst des demokratischen Zeitalters gestellt ist. Z. M. Benediktus.

wesenden, auch für unsere kommenden Versammlungen rege zu agitieren. — Am 1. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende mehrere verstorbener Kollegen. Nach Bekanntgabe verschiedener Eingänge und sonstiger Mitteilungen berichtete er ausführlich über die Tätigkeit der Münchner Vereingung im verflossenen Jahr und gab auch einen Überblick über die zunehmende Entwicklung der Sparte innerhalb des Gauces Bayern. Für die bis zur offiziellen Anerkennung der Handbiederpartei geleistete aufopfernde Tätigkeit des Kollegen Wolfram (Leipzig) sprach Kollege Kumpol seinen Dank aus, was von der Versammlung mit Beifall quittiert wurde. Den Kassenbericht erstattete Kollege Fischer. Nach Aussprache zum Vorstands- und Kassenbericht, wobei ein Antrag auf Erhöhung des Ortsbeitrages eingebracht wurde, erwiderte der Vorsitzende den verschiedenen Dispositionen und empfahl, den Beitrag in der bisherigen Weise zu belassen, was auch vom Kassierer Fischer unterstützt wurde. Es wurde die Einberufung einer außerordentlichen Versammlung beschlossen, die zur Beitragserhöhung endgültig Stellung nehmen soll. Dem Vorstand und dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die nun vorgenommene Neuwahl der Vorstandschäft ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmittelglieder. — Die Märzversammlung fällt aus. Unsere nächste Versammlung findet am 5. April im „Gewerkschaftshaus“ statt.

**München.** (Korrespondenten.) Am 22. Februar hielt die Ortsgruppe München des Bayerischen Korrespondentenvereins ihre Hauptversammlung ab. Nach der üblichen Ehrung der seit der letzten Versammlung verstorbenen Kollegen wurden zwei Kollegen aus München und einer aus Nördlingen aufgenommen und verschiedene Mitteilungen zur Kenntnis gebracht. Der vom Vorsitzenden in einigen Punkten erläuterte, den Mitgliedern gedruckt vorgelegte Jahresbericht, der mit einem Mitgliederstand von 191 und einem Kassenbestand von 303,76 M. abschloß, wurde einstimmig gutgeheißen. Die 191 Mitglieder verteilten sich auf folgende Ortsgruppen: Ansbach 5, Augsburg 9, Dießen 1, Donauwörth 2, Freising 3, Kempen 5, München 110, Nördlingen 6, Nürnberg 29, Regensburg 18, Würzburg 12. Die Gewährung eines Zuschusses an die Mitglieder zur Beschaffung des neuen Büden, die Leistung des Ortsbeitrages zum Korrespondenten aus der Vereinskasse und die Herausgabe einer Vereinsgeschichte zum 25jährigen Bestehen (zusammen rund 1400 M.) waren die Hauptausgaben. Die bisher im Vorstand tätigen Kollegen wurden einstimmig wiedergewählt. Der wichtigste Beitrag auf 20 Pf. festgelegt. Mit einer anregenden Aussprache über die Bewertung der Arbeitsleistung des Korrespondenten, die in der nächsten Zusammenkunft fortgesetzt werden soll, schloß die Versammlung.

**München.** Unsere Generalversammlung am 23. Februar eröffnete Vorsitzender Hans Größ nach kurzem Nachruf, den er den im abgelaufenen Geschäftsjahr verstorbenen Kollegen widmete, und Dankesworten an alle die Kollegen, die 25 Jahre und länger unserer Organisation angehört haben. Er gab eine wichtige Zusammenfassung des dem Bericht vorgehenden Jahresbericht Stellung und forderte am Schluß seiner Ausführungen die Kollegenschaft auf, besser noch als bisher zuzunehmen sowie alle tariflichen Rechte für sich in Anspruch zu nehmen. Hierfür gab Kollege Brandmüller den Kassenbericht, wofür ihm von der Versammlung der Dank ausgesprochen wurde. Eine Diskussion zum Geschäftsbericht wurde nicht gewünscht. Ebenso wurde an den Entschädigungssachen für die Verwaltung nichts geändert. In der Neuwahl wurde die Gesamtverwaltung wiedergewählt, die für das geschenkte Vertrauen dankte und zum Ausdruck brachte, ihr Bestes für die Kollegen und die Organisation einzusetzen zu wollen. Ein Antrag auf Erhöhung des Ortsbeitrages wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein weiterer Antrag der Verwaltung, das Ortsgebiet an bezugsberechtigte durchgehende Kollegen nur dann auszugeben, wenn diese ihre vorgeschriebenen Reisetage eingehalten haben, wurde in trefflichen Ausführungen vom Kollegen Brandmüller begründet und nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen. Mit einigen wichtigen Mitteilungen fand die gut besuchte Versammlung ihren Abschluß.

**Ostfriesen i. B.** (Handbieder.) Auch hier besteht jetzt eine Handbiedervereingung. Waren bei der ersten, vom Vorsitzenden der Gauvereingung, Jeller (Freiburg), einberufenen Versammlung auch nur vier Kollegen anwesend, so unterzog sich Kollege Häftele (Ratzschau) doch der Mühe, eine ausführliche Rede über „Notwendigkeit, Zweck und Ziel der Handbiederpartei“ zu halten. Dies hatte zur Folge, daß Kollege Sandmann nachmalig zu einer Versammlung einlud, in der sich die elf anwesenden Kollegen zum Beitritt anmeldeten. Inzwischen ist es gelungen, auch die restlichen neun Kollegen und einen Kollegen im Nachbarort Ratzschau für unsere Sache zu gewinnen, so daß unser Ortsgruppe nun 20 Mitglieder zählt. Vorsitzender ist Kollege J. Sator und Kassierer J. Hüßig. Durch Zusammenarbeit mit dem Bildungsverband ist es unsern Mitgliedern möglich, an dem zur Zeit vom Kollegen Sandmann geleiteten Schriftstellertourneusz teilzunehmen.

**Dhau i. Schl.** Die Jahresrückschau auf 1929 besagt uns, daß kein Glücksstern über unserm Ortsverein stand. Wenn auch die Versammlungen stets gut besucht waren, so ist es aber doch kein gutes Zeichen, daß zweimal Ersatzwahlen zum Vorstand vorgenommen werden mußten. Aber auch schlechte Beschäftigungsmöglichkeiten haben unsern Reihen geschadet. Unsere Kassenverhältnisse sind katastrophal. Mit sehr bescheidenem Kassenbestand traten wir in das Jahr unseres zehnjährigen Bestehens ein. Erfolgreich ist es aber, daß die Kollegen trotz der schlechten Finanzen es abblieben, das Budget für Durchreisende zu streichen. Vorsitzender und Kassierer ist weiterhin Kollege Paul Schelenz.

**Donaubühl.** (Drucker.) Unsere Generalversammlung fand am 23. Februar statt. Vorsitzender Brand gab nach Begrüßung der Mitglieder und des ebenfalls anwesenden Bezirksvorsitzenden die ein Rundschreiben der Zentralkommission und des Kreisvorsitzenden bekannt und erstattete daran anschließend den Jahresbericht. Aus diesem war zu ersehen, daß das abgelaufene Jahr sehr unter der

allgemeinen Arbeitslosigkeit zu leiden hatte. Einen großen Abdruck bereitete uns die Stilllegung der Druckerei F. G. Haag in Melke. Der Mitgliederbestand betrug Ende des Jahres 43. Der vom Kassierer gegebene Kassenbericht ließ erkennen, daß die im verflossenen Jahre abgehaltenen Veranstaltungen unsere Kasse sehr belastet haben. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des engeren Vorstandes. Für die aussehenden Reserven wurden drei Kollegen gewählt, welche zugleich die Rechnungs-Kommission bilden. Zum Schluß wurden noch einige technische Fragen erörtert.

**gg. Schleswig.** Unsere Versammlung am 22. Februar war gut besucht. Nachdem verschiedene Eingänge und Mitteilungen zur Kenntnis gebracht, der Kassenbericht und der Bericht der letzten Sitzung des Gewerkschaftsartells gegeben waren sowie die Wahl zweier Delegierten erfolgt war, kam man zum Punkt „Tarifisches“. Kollege Lorenzen (Kiel), der vom Gauverband anwesend war, sprach hierzu noch über den Manteltarif, über Arbeitslosigkeit und Löhne und machte über die tarifliche Lage sowie über den Stand der Verhandlungen interessante Mitteilungen. Dann referierte er über das Thema „Was bietet die staatliche Invalidenversicherung?“, zu dem auch die invalide Kollegen eingeladen und zum Teil erschienen waren. Als guter Sachkenner behandelte Kollege Lorenzen das Gebiet allgemein verständlich und erteilte auf Anfragen besondere Auskünfte. Alles trug dazu bei, den Versammlungsabend interessant zu gestalten. Unter „Verschiedenes“ kamen noch eine Reihe interner und andre Angelegenheiten zur Sprache. Erst in vorgeschobener Stunde fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Allgemeine Rundschau**

**Konflikt im Danziger Buchdruckergewerbe.** Gelegentlich der Erneuerung ihres Manteltarifs sind die Danziger graphischen Hilfsarbeiter mit den Prinzipalen in Konflikt geraten, weil von den letztgenannten auf einen Lohnabbau von rund 30 Proz. hingebracht wurde. Dagegen wehrten sich selbstverständlich die Hilfsarbeiter nach Kräften. In einzelnen Abzweigungen kam es infolgedessen wegen Einstellung von streikbrechenden Hilfsarbeitern zur Aussperrung von Buchdruckern, die sich weigerten, zu Arbeiten herangezogen zu werden, zu deren Verrichtung sie nicht verpflichtet waren. Der Vorsitzende des Danziger Prinzipalsvereins unterließ es leider, im Verein mit dem Hilfsarbeitervereine für eine Begrenzung des entstandenen Konflikts besorgt zu sein. Von der Gaultierung der Gehilfen jedoch wurde angeregt, im Tarifamt über die in die Verhandlungen eingetreten werden sollte, waren weitere Betriebe in Mitteleuropa gezogen, so daß von den erschienenen Prinzipalen nur noch einer als unbedeutend gelten konnte. Die Arbeiter lehnten es deshalb ab, eine solche Verhandlung als Tarifamtssitzung, in der Recht gesprochen werden soll, gelten zu lassen. Sie schlugen vor, da man einmal zusammengekommen sei, eine Vereinigung der Konflikte in freier Ausprägung herbeizuführen. Die Buchdruckereigenen hielten das ab, und deshalb mußte resultierend am 2. März ein Streik ausbrechen. Wie wir einen Bericht der „Danziger Volkstimme“ enthielten, fand in der Hilfsarbeitervereinsversammlung am 6. März vor dem stellvertretenden Demobilisationskommissar eine Besprechung der Parteien statt, bei der die Prinzipale erklärten, zum ersten Male die Forderung der Hilfsarbeiter gehört zu haben, weshalb sie erst in ihrer Mitgliederversammlung dazu Stellung nehmen könnten. Die Forderungen der Hilfsarbeiter — Wiederherstellung des alten Manteltarifvertrags, Anerkennung der bisherigen Löhne — waren den Unternehmern natürlich nicht unbekannt. Ihr unverständliches Verhalten und verschiedene während dieser Verhandlung zutage getretene Begleitumstände führten zu der Erklärung von Arbeiterseite, daß die Buchdruckereigenen es sich selber zuzuschreiben hätten, wenn der Kampf weitere Kreise ziehen sollte. Daraufhin ließen die Prinzipale am folgenden Tage den beiden Arbeiterorganisationen die Mitteilung zugehen, daß sie bereit seien, dem bisherigen Manteltarif für Buchdruckereihelfer wieder Geltung zu verschaffen, doch unter Ausnahme der Bestimmungen, die sich mit der Lohnregulierung befassen. Aber die Löhne soll ein Schiedsgericht entscheiden, das ähnlich zusammengesetzt sein soll wie das Oberarbitrarium der Buchdrucker, nämlich Unternehmer- und Arbeiterbeihilfer, ein unparteiischer Vorsitzender und zwei weitere Beihilfer aus den beiden Lagern. Die Prinzipale machten dabei zur Bedingung, daß beide Parteien von vornherein die Erklärung abgeben müßten, daß der Spruch dieses Schiedsgerichts bindend sei. Dieser Vorschlag wurde von den beteiligten Gewerkschaften jedoch abgelehnt mit der Begründung, daß sie sich nicht an einen Spruch binden können, den sie nicht kennen.

**Besicht beim Reizen in Jugoslawien.** Bekanntlich beherrschen in Jugoslawien die militärischen Machthaber den staatlichen Verwaltungsapparat unumschränkt. Auf diese Lasten sind mancherlei Schwierigkeiten zurückzuführen, die sich, friedlichen Reisenden dort entgegenstellten. Dem internationalen Buchdruckersekretariat ging deshalb eine Warnung zu, die sich namentlich an die Adresse junger Kollegen richtet, die Jugoslawien bereisen. Diese müssen sich bei der Zureise in eine jugoslawische Ortschaft sofort bei der Polizeibehörde melden, da sie sich sonst die größten Annehmlichkeiten zuziehen. Hierzu teilte die jugoslawische Verbandsleitung mit, folgendes mit: „Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß ausländische Kollegen hier einfach eingesperrt und über die Grenze geschleppt worden sind. Häufig sind die Kollegen selbst schuld daran. Sie unterlassen es, sich bei der Ortspolizeibehörde zu melden, was in unserm Lande, und hauptsächlich in Mitserbien, unerlässlich ist. So ist vor kurzem ein unangenehmer Fall vier braven deutschen durchreisenden Kollegen zugefallen. Sie wanderten durch Ulice (Serbien) nach Sarajevo (Bosnien) und hatten dem Kommissar in Ulice so viel gesagt — anfast sich nur auf die notwendige Auskunft zu beschränken —, daß er sie als Spione verhaften und nach der Grenze abführen ließ. Sie waren so naiv, sich fangen zu lassen, indem sie erzählten, sie wollten das Land sehen, die schönsten Gegenden fotografieren, flizzieren; einer erzählte sogar renommieren, er sei

Korrespondent eines ausländischen Blattes. Alles war dazu angetan, um sie nach allen Regeln der Kunst zu kompromittieren. Wir bitten alle Kollegen, die in Jugoslawien zu reisen gedenken, sich sofort bei der Ankunft in einem Ort bei der Ortspolizeibehörde zu melden, sich vorsichtig zu benehmen und keinen unnützen Verdacht zu erregen. Den jugoslawischen Kollegen wäre es unangenehm, wenn ausländische Kollegen in ihrem Lande so entsetzlichen Schaden kommen müßten. Die oben angegebenen Kollegen haben Glück gehabt; sehr leicht hätten sie jahrelang sitzen bleiben können.“

**Kein gebührenfreier Sichtvermerk für Ungarn.** Vom Deutschen Konsulat in Preßburg ging uns unterm 6. März zwecks Veröffentlichung folgende Mitteilung zu: „Im verflossenen Jahr sind in zahlreichen Fällen Buchdrucker und Schriftsetzer, meist junge Leute, die angeblich zu Studienzwecken nach Ungarn reisen wollten, an das Konsulat mit der Bitte heranzutreten, die Erteilung gebührenfreier Sichtvermerke bei dem hiesigen ungarischen Konsulat für sie zu beantragen. Wenn auch derartige Gesuche allenfalls für im hiesigen Amtsbezirk wohndhafte und dem Konsulat bekannte Reichsdeutsche in besonderen Fällen an fremde Konsulate gerichtet werden können, so ist es jedoch nicht angängig, Gesuche fremder, hier auf der Durchreise befindlicher Personen zu bewilligen, zumal sich auf der Zweck der Reise von hier aus nicht nachprüfen läßt. In den meisten Fällen mußten daher die erwünschten Anträge abgelehnt werden, was natürlich zu Enttäuschungen geführt hat. Es dürfte sich empfehlen, dem Verband der Deutschen Buchdrucker und Schriftsetzer nahezugeben, seine Mitglieder dahin zu informieren, daß die zu Reisen nach dem Auslande erforderlichen Sichtvermerke bei den betreffenden Auslandsvertretungen in Deutschland vor Eintritt der Reise zu beantragen sind.“ Diese Information erfolgt hierdurch mit dem Ersuchen an unsere Kollegen, der dankenswerten Mitteilung des deutschen Konsulats in Preßburg entsprechende Beachtung zu schenken, um vor Enttäuschungen bewahrt zu bleiben.

**Streit um die Gutenbergbibel.** Wenn die nur noch in wenigen Exemplaren vorhandene 42seitige Gutenbergbibel in der Öffentlichkeit erwähnt wird, dann geschieht es meist, wenn wieder einmal ein Exemplar dieses kostbaren Zeugnisses deutscher Druckkunst den Weg über große Wasser genommen hat. Diesmal handelt es sich aber um eine Notiz, die besagt, daß die sogenannte Gutenbergbibel ihren Namen eigentlich zu Unrecht führt. Professor Gottfried Zehler, der bekannte Erforscher der Geschichte der Buchdruckerkunst, führte letzten in den Veröffentlichungen der Gutenberg-Gesellschaft den Beweis, daß nicht Gutenberg, sondern sein Schüler Peter Schöffer das berühmte Werk gedruckt hat. Dadurch wird freilich Gutenberg's Erfunderruhm nicht gemindert, seine Persönlichkeit und die Tragik seines Schicksals treten vielmehr nur größer und ergreifender hervor, während sein Geldgeber Jüst erst recht als ein gewinnungsliebender, edleren Regungen unfähiger Mann, dessen Schwägerjohn Schöffer, wenn auch in günstigerem Licht, so doch als rühmlich nicht und nur für seinen Redner erschaffen. Die, für die 42seitige Bibel verwendete Type war nach Zehler ursprünglich für ein Missale mit Kantor bestimmt, das aber nicht zum Druck gelangte, weil Jüst von seinem Schwager Gutenberg die Auslieferung des ganzen Druckapparates erzog. Jüst und Schöffer haben es allerdings dann nicht gewagt, in einem Nachwort zur Bibel die von ihnen andernorts behauptete Erfunderpriorität in Anspruch zu nehmen. Wie Zehler weiter durch Deutung des Nachwortes zu dem von Gutenberg gebrauchten Catholicon zeigt, hat Gutenberg auch nicht, wie angenommen wird, die Gußletter erfunden, er hat vielmehr das große Problem des Schriftgusses gelöst, indem er das Handgießinstrument schuf. Seine Tat bedeutet für die Erfindung der Buchdruckerkunst nicht den Anfang, sondern die großartige Vollendung.

**Ministerialerlaß zur Überstandsberämpfung.** Einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressendienstes zufolge hat der preussische Handelsminister in einem Rundverlaß an die Regierungspräsidenten auf den Entz der Arbeitsmarktlage hingewiesen. Um zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit beizutragen, sollen die Gewerbeaufsichtsbeamten Ausnahmen von der gesetzlich vorgeschriebenen Normalarbeitszeit nur dann gewähren, wenn die erforderliche Mehrarbeit nicht durch Einstellung neuer Arbeitskräfte geleistet werden kann. Weiter soll eine behördliche Genehmigung für Abarbeitet nur bei unabweisbarem Bedürfnis, nach Rückschnahme mit dem Arbeitsamt und nur für kurze Frist bewilligt werden.

**Abermalige Senkung des Reichsbankdiskonts.** Mit Wirkung vom 8. März hat der Zentralkommissar der Deutschen Reichsbank den Wechseldiskont von 6 auf 5½ Proz. und den Zinsfuß für Lombardkredite (Kredite gegen Hinterlegung von Waren und Wertpapieren) von 7 auf 6½ Proz. herabgesetzt. Damit ist eine dringend notwendige weitere Zinsverebilligung der Reichsbankkredite eingeleitet. Ein offizieller Diskontfuß für Leihgeld von 6½ Proz. war seit der Stabilisierung der Mark nur einmal, und zwar eine kurze Zeit, zu verzeichnen. In der Regel mußte der Diskontfuß recht bald wieder erhöht werden. Die erneute Herabsetzung des Leihgeldfußes ist die Folge eines gleichen Vorganges bei der Bank von England, Schweden, Dänemark, Holland u. a. find gefolgt oder wollen folgen, so daß die Verbilligung des Geldes eine internationale Erscheinung ist. Die Reichsbank hielt ursprünglich den Zeitpunkt einer Diskontsenkung noch nicht für gekommen. Nunmehr glaubt sie, eine vergrößerte Spanne zwischen dem Berliner und dem Londoner Bankdiskont nicht mehr länger aufrecht erhalten zu können. Besonders wurde besichtigt, daß die Reichsbank mit verstärkten Goldbangeboten überlaufen würde. Die Geschäftslage des deutschen Noteninstituts hält eine weitere Vereinnahme von Gold zur Zeit für nicht geboten. Man darf wohl hoffen, daß eine Heraufhebung der Leihgeldfüße wenigstens für lange Zeit nicht notwendig ist. Die deutsche Wirtschaft wird die Verbilligung des Geldes zweifellos begrüßen. Es ist dies die dritte Senkung des offiziellen Diskontfußes innerhalb dieses Jahres. Bei einer so hohen Arbeitsloseniffer, wie wir sie jetzt zu verzeichnen haben, muß alles daran gesetzt werden, um die Wirtschaft in

Gang zu bringen. Ein Leihjahr von 5 1/2 Proz. ermöglicht die Kapitalaufnahme natürlich wesentlich eher, als wenn 7 Proz. und mehr zu zahlen sind.

Sozialhygienischer Tag. In einer in Berlin unter Leitung des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes, Geheimrat Hamel, abgehaltenen Sitzung...

Telephon für Taube. Um Personen, die schwerhörig sind, das Telephonieren zu erleichtern, hat eine amerikanische Firma einen Hörer auf den Markt gebracht...

nahe bis an die Grenze der Taubheit möglich ist. Eine Lizenz für diesen Apparat ist jetzt nach England verkauft worden, so daß die Herstellung bald auch in England beginnen wird.

Verschiedene Eingänge

„Deutscher Drucker“. (Deutscher Buch- und Stein drucker.) Illustrierte Monatschrift für die graphischen Künste und die Verordnungsstellen im Buchdruck.

Briefkasten

H. M. in S.: Nicht wegen Zugehörigkeit, sondern wegen aktiver gewerkschaftlicher Betätigung, die sich aus der betreffenden Organisationszugehörigkeit sehr leicht ergeben kann.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann Str. 1191, 3141 bis 3145. Bankkonto: Bank der Arbeiter und Arbeiterinnen, 106, Spandauer Str. 14, Spandau.

Herausgabe eines neuen Adressenverzeichnisses

Anfang April wird das Adressenverzeichnis der Gewerkschafter und -arbeiter der Reichsvereine und -arbeiter der Vertrauensmänner, der Zentralkommissionen und der Gewerkschaftsleiter neu aufgelegt.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die stehengefaltene Millimeterhöhe für Stellengesuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postkassenkonto Berlin NW Nr. 268 10

Anzeigen

Langste Garantie 40 neue Modelle. Elektro-Sprechapparate. Ohne Anzahlung Rate 75 Mark. Preisverzeichnis gratis. ZIEBER & CO. BERLIN, KOMMANTANTENSTR. 45.

Tüchtiger Schreiftzeher. firm in allen Sprachen, wünscht sich zu verändern. Sächsischen Land bezogen, aber nicht Bedienung.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Die Generalversammlung vom 7. März beschloß die Erhebung eines Extrabeitrages von 20 Pf., so daß der Gesamtbeitrag wöchentlich 3 Mark beträgt.

Winkelhaken. Am 3. März an Herzl A. Wegel, Mader a. Kolonnenstraße 1. Verlag des Bildungsverbandes der D.D., G.m.b.H., Berlin SW 61.

Es lohnt sich. Immer wieder muß es gesagt werden: Es lohnt sich, fremde Sprachen zu erlernen. Heute sogar mehr denn je. In jeder Industrie drängen heute auch die kleinen und mittleren Firmen zum Export; sie brauchen sprachkundige Kaufleute, Techniker, Monteure usw.

Elektronklichees. scharfe Bildwiedergabe, leichte Züchtung, hohe Druckfestigkeit. Verlangen Sie Aufklärungsschrift und Lieferantennachweis durch Pyrophor-Metallgesellschaft A.G. Essen-Werden.

Am Sage und Bei Nacht. bei Sonnenschein und trübem Wetter, im Freien und im Zimmer, überall und alles können Sie mit unsen erstklassigen Photo-Apparaten fotografieren.